

95

EUROPAS
KULTUR
ZEITUNG

Letztre

INTERNATIONAL

GRIECHEN IN EUROPA

Finanzsysteme und Demokratie, Vorurteile und politisches Gewissen analysiert Antonis Liakos

KRIEG UM LYBIEN

Die offizielle Lesart der NATO-Intervention bezweifelt Nahostexperte Hugh Roberts

UNGARNS BLOCKADE

Welche Kräfte die Modernisierung des Landes verhindern, schildert Péter Nádas

BILDERJÄGER

Begegnungen mit großen Photokünstlern des 20. Jahrhunderts von Georg Stefan Troller

TONKÜNSTLER

Himmel, Erde und Hades der Musik eröffnen Martin Geck, Slavoj Žižek, Udo Zimmermann

VENUSZAUBER

Liebe, Begehren und Erotik als Widersacher des Monotheismus identifiziert Friedrich Kittler

MAMALAND

Mütter zwischen Arbeit, Kindern und Familie
Ein intimes Protokoll von Sabine Scholl

DIE GLOBALE STADT

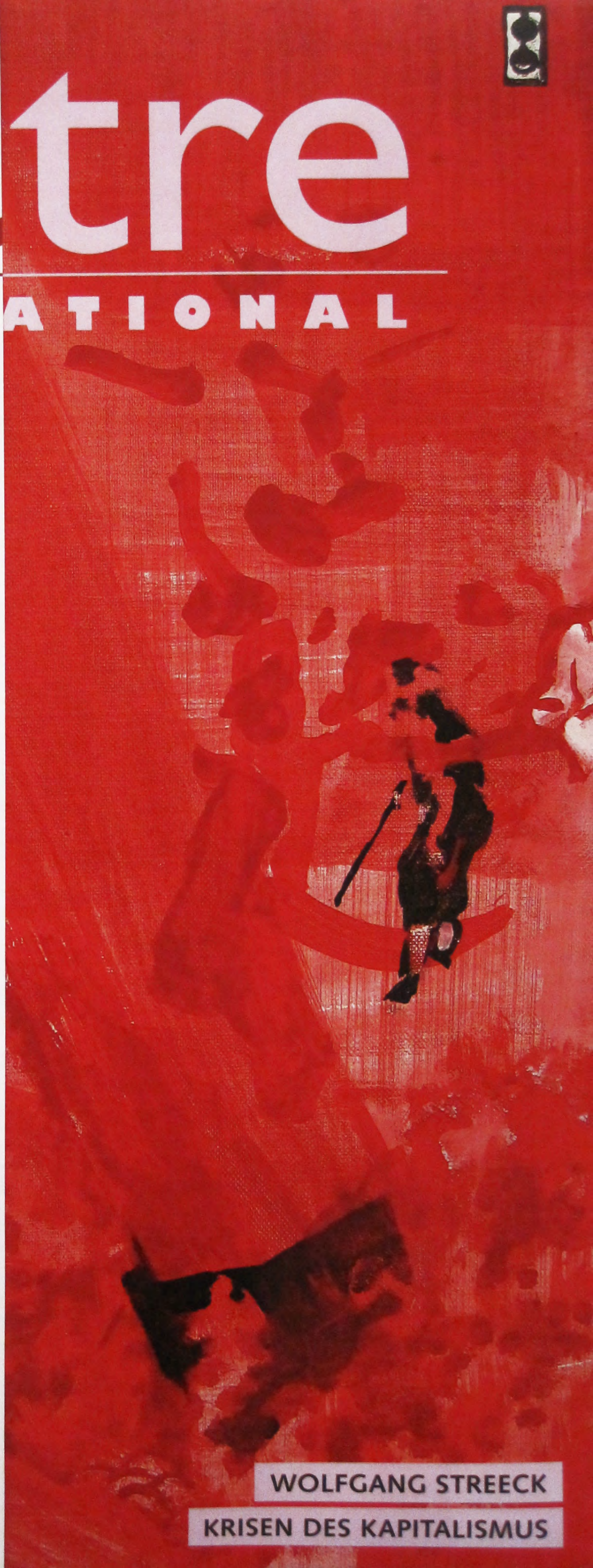
Monumente, Maschinerien, Netzwerke –
Durch Kosmopolis reist Marcel Hénaff

KUNST

Maki Na Kamura

WOLFGANG STREECK

KRISEN DES KAPITALISMUS





INHALT/2



DAVID BURDENY, SHEIKH ZAYED ROAD, DUBAI 2009, COURTESY GALERIE BERND A. LAUSBERG

SABINE SCHOLL — 95

MAMALAND

Entwurf einer Müttergeschichte über vier Generationen

KOSMOPOLIS

MARCEL HÉNAFF — 98

GLOBALE URBANITÄT

Die Stadt als Monument, Maschine, Netzwerk und öffentlicher Raum

VOGELFLUG

WASSILI DIMOW — 112

KAFKASUS – EIN POEM



KIRILL TULIN, STRASSE NACH LENINGOR

BRIEFE UND KOMMENTARE

GEORGES NIVAT — 126

SOLSCHENIZYNS FREUDEN

LIEVE JORIS — 128

BAGUA CUN

THOMAS KNAUF — 130

GUTEN MORGEN, HERR BERGMAN!

KORRESPONDENZEN

URVASHI BUTALIA AUS NEU-DELHI — 134

FASTEN GEGEN INDIENS KORRUPTION

MICHAEL RYKLIN AUS MOSKAU — 135

DER ENTRÄTSELTE GÖTZE

AUTOREN, KÜNSTLER, PHOTOGRAPHEN — 136

IMPRESSUM — 138

PHOTOGRAPHIE

DAVID BURDENY, HENRI CARTIER-BRESSON, MARTINE FRANCK, CAROLA FRITZSCHE, NANDA GONZAGUE, JUSTIN JIN, SERGIO LARRAIN, ROBERT LEBECK, PAOLO PELLEGRIN, KIRILL TULIN, LAURENT VILLERET

KUNST

MAKI NA KAMURA

Über ihre Arbeit schreibt die Künstlerin: „Kürzlich las ich, daß meine Malerei inhaltlich in Verbindung zum Buddhismus oder zum Shintoismus stehe. Doch Ersterer verbietet, soweit ich weiß, künstlerische Gedanken wie die meinen, und über letzteren weiß ich zu wenig, um beurteilen zu können, ob die Behauptung zutrifft. Die für *Lettre International* entstandene Werkgruppe *Geometry in Landschaftsdarstellungen* ist in Rot getaucht – die Farbe der aufgehenden Sonne im Land des fernen Ostens und des Abendrots im Abendland. Und doch kommt das Rot aus einer Tube. Zudem versehe ich alle meine Bilder mit dem Zeichen einer Kalebasse. Als „fließende Welt“ – wie eine im Fluß vorbeitreibende Kalebasse, eine leergetrunkene Sake-Flasche, die nie mehr untertaucht – übersetzten manche das japanische Wort *Ukiyo* in einem Gedicht des Mönches Ryōi. Dabei bedeutet *Ukiyo* eigentlich „burleske Welt“. Doch als „Bilder der fließenden Welt“ fanden Gemälde damals in Europa großen Anklang. Kunst lebt mit und von Mißverständnissen zwischen den Welten und Kulturen. Ryōis Gedicht ist bildnerisch dem Kosmos des Chinesen Li Bai entlehnt, ein Meister der Dichtkunst, der in der Malerei gerne mit einer Kalebasse porträtiert wurde.“ Li Bai soll im Jahre 762 ertrunken sein, als er in berauschem Zustand versuchte, das Spiegelbild des Mondes zu umarmen.



MAKI NA KAMURA, GIL III, 2011

LETTRE 96 ERSCHEINT MITTE MÄRZ 2012

www.lettre.de ♦ lettre@lettre.de ♦ www.lettre-ulysses-award.org

Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir Glück und Gesundheit für's Neue Jahr!

DIE KRISEN DES DEMOKRATISCHEN KAPITALISMUS

INFLATION, STAATLICHE DEFIZITE, PRIVATE VERSCHULDUNG, FAULE KREDITE

AUS DEM Zusammenbruch des amerikanischen Finanzsystems im Jahr 2008 ist inzwischen eine wirtschaftliche und politische Krise von globalen Dimensionen geworden. Wie ist dieses welterschütternde Ereignis begrifflich zu fassen? Für die Mainstream-Ökonomie herrschte in der Gesellschaft eine allgemeine Tendenz zum Gleichgewicht, und Krisen und Veränderungen waren nur kurzfristige Abweichungen vom Gleichgewichtszustand eines normalerweise gut integrierten Systems. Ein Soziologe muss diese Illusion jedoch nicht teilen. Statt unsere gegenwärtige Notlage als eine einmalige Störung eines grundsätzlich stabilen Zustands zu deuten, sehe ich in der „Großen Rezession“¹ und dem anschließenden Beinahe-Zusammenbruch der Staatsfinanzen den Ausdruck einer fundamentalen Spannung in der politisch-ökonomischen Verfassung von Gesellschaften des fortgeschrittenen Kapitalismus; einer Spannung, die Ungleichgewicht und Instabilität eher zur Regel als zur Ausnahme macht und die in einer historischen Abfolge von Störungen innerhalb der sozioökonomischen Ordnung Ausdruck gefunden hat. Ich werde zeigen, daß die gegenwärtige Krise nur dann vollständig verstanden werden kann, wenn wir sie als Teil einer permanenten, notwendig konfliktreichen Transformation der Gesellschaftsformation betrachten, die wir als „demokratischen Kapitalismus“ bezeichnen.

Vollständig etabliert wurde der demokratische Kapitalismus erst nach dem Zweiten Weltkrieg, und dann nur in den „westlichen“ Teilen der Welt, in Nordamerika und Westeuropa. Dort funktionierte er in den beiden folgenden Jahrzehnten außerordentlich gut, so gut, daß diese Phase eines ununterbrochenen wirtschaftlichen Wachstums noch immer unsere Vorstellungen und Erwartungen darüber prägt, was der moderne Kapitalismus ist oder was er sein könnte und sollte. Dies ist der Fall, obwohl wir im Lichte der anschließenden Turbulenzen erkennen mußten, daß das erste Vierteljahrhundert nach dem Krieg eine Ausnahme war. In der Tat waren nicht die *trente glorieuses*, sondern die anschließende Serie von Krisen der Normalzustand des demokratischen Kapitalismus – ein Zustand, der bestimmt ist von einem endemischen Konflikt zwischen kapitalistischen Märkten und demokratischer Politik, der sich nachdrücklich zurückmeldele, als das hohe Wirtschaftswachstum in den siebziger Jahren endete. Im folgenden werde ich zunächst die Natur dieses Konflikts erläutern und mich dann der Sequenz der von ihm hervorgerufenen politisch-ökonomischen Störungen zuwenden, die der gegenwärtigen globalen Krise vorausgingen und sie prägten.

1. MÄRKTE UND WÄHLER

Die Vermutung, daß Kapitalismus und Demokratie nicht problemlos zusammenpassen, ist alles andere als neu. Vom 19. Jahrhundert an und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein hegten das Bürgertum und die politische Rechte die Befürchtung, eine Mehrheitsherrschaft – und damit unausweichlich die Herrschaft der Armen über die Reichen – werde letztlich das Privateigentum und die freien Märkte abschaffen. Auf der anderen Seite warnten die aufsteigende Arbeiterklasse und die politische Linke davor, daß die Kapitalisten sich mit den Kräften der Reaktion zur Abschaffung der Demokratie verbünden könnten, um sich davor zu schützen, von einer permanenten Mehrheit regiert zu werden, die sich

der wirtschaftlichen und sozialen Umverteilung verschrieben hatte. Die jeweiligen Meriten beider Positionen möchte ich nicht diskutieren, aber doch auf das historische Faktum hinweisen, daß zumindest in den Industrieländern die Linke mehr Anlaß zu der Befürchtung hatte, die Rechte werde die Demokratie stürzen, um den Kapitalismus zu retten, als die Rechte sich darum sorgen mußte, daß die Linke um der Demokratie willen den Kapitalismus abschaffen werde. Wie dem auch sein mag, in den ersten Jahren der Nachkriegszeit bestand weithin Übereinstimmung, daß der Kapitalismus, um mit Demokratie vereinbar zu sein, einer umfassenden politischen Kontrolle unterworfen werden mußte – etwa durch Verstaatlichung von wichtigen Unternehmen und Branchen oder durch Mitbestimmung der Beschäftigten wie in Deutschland –, um die Demokratie vor ihrer Zurückdrängung zugunsten freier Märkte zu schützen. Während John Maynard Keynes und bis zu einem gewissen Grad Michal Kalecki und Karl Polanyi sich durchsetzten, zog Friedrich August von Hayek sich in ein vorläufiges Exil zurück.

Seither jedoch hat die Mainstream-Ökonomie sich immer wieder gegen die angebliche „Unverantwortlichkeit“ opportunistischer Politiker gewandt, die sich bei einer Wählerschaft ohne wirtschaftlichen Sachverstand beliebt machen wollen, indem sie störend in ansonsten effiziente Märkte eingreifen, um Ziele wie Vollbeschäftigung und soziale Gerechtigkeit zu verfolgen, die wirklich freie Märkte langfristig sowieso realisieren würden, was sie aber nicht könnten, wenn sie von der Politik verzerrt würden. Wirtschaftskrisen, so die gängigen Theorien des „Public Choice“, sind eine Folge von marktverzerrenden politischen Interventionen zugunsten sozialer Ziele.² Die richtige Art von Intervention dagegen befreit nach dieser Ansicht die Märkte von politischer Einmischung; die falsche, marktverzerrende Art resultiert aus einem Übermaß an Demokratie – daraus, daß die Demokratie von verantwortungslosen Politikern auf das Gebiet der Wirtschaft übertragen wird, wo sie nichts zu suchen hat. Nicht viele würden heute so weit gehen wie Hayek, der sich auf seine alten Tage dafür aussprach, die Demokratie, wie wir sie kennen, abzuschaffen, um wirtschaftliche Freiheit und Bürgerrechte zu verteidigen. Dennoch ist der *cantus firmus* der gegenwärtigen neo-institutionalistischen Wirtschaftstheorie durch und durch von Hayek bestimmt. Danach braucht der Kapitalismus, um richtig zu funktionieren, eine regelgebundene Wirtschaftspolitik, mit einem verfassungsrechtlich verankerten Schutz von Märkten und Verfügungsrechten vor willkürlicher politischer Einmischung, durch unabhängige Regulierungsbehörden, Zentralbanken, die entschlossen gegen die Pressionen der Wähler verteidigt werden, und internationale Institutionen wie die *Europäische Kommission* oder den *Europäischen Gerichtshof*, die der Sorge um ihre Wiederwahl durch das Volk enthoben sind. Freilich weichen Theorien dieser Art geflissentlich der entscheidenden Frage aus, wie man vom jetzigen Zustand aus dorthin gelangen kann, vermutlich, weil sie keine Antwort haben oder zumindest keine, die man öffentlich aussprechen kann.

Die tieferen Ursachen der Spannung zwischen Kapitalismus und Demokratie kann man unterschiedlich fassen. Im aktuellen Zusammenhang verstehe ich unter demokratischem Kapitalismus eine politische Ökonomie, die bestimmt ist von zwei ge-

gensätzlichen Prinzipien der Ressourcenallokation: das eine orientiert sich an der Grenzproduktivität oder an dem, was sich aus einem „freien Spiel der Marktkräfte“ ergibt, während das andere auf sozialen Bedürfnissen oder Ansprüchen basiert, die durch kollektive Entscheidungen der demokratischen Politik beglaubigt werden. Theoretisch müßten Regierungen unter dem demokratischen Kapitalismus beiden Prinzipien gleichzeitig gehorchen, obwohl sie sich nie ganz auf einen Nenner bringen lassen. In der Praxis können sie eine Zeitlang eines zugunsten des anderen vernachlässigen, bis sie von den Folgen bestraft werden: Regierungen, die demokratische Forderungen nach Schutz und Umverteilung unbeachtet lassen, riskieren, ihre Mehrheit zu verlieren, während Regierungen, welche die Förderung der Produktionsmittelbesitzer nach einer der Logik der Grenzproduktivität folgenden Verteilung mißachten, wirtschaftliche Störungen auslösen, die zunehmend unhaltbar werden und dadurch auch die politische Unterstützung untergraben.

In der liberalen Utopie der gängigen ökonomischen Theorie wird die im demokratischen Kapitalismus bestehende Spannung zwischen seinen beiden Allokationsprinzipien dadurch überwunden, daß man die Theorie in eine – wie Marx gesagt hätte – materielle Gewalt verwandelt. Dabei werden Bürger und Politiker durch die Theorie als „wissenschaftliche Erkenntnis“ darüber belehrt, daß wahre Gerechtigkeit Marktgerechtigkeit ist, bei der jedermann seinem Beitrag entsprechend belohnt wird – statt nach Maßgabe seiner zu Ansprüchen undefinierten Bedürfnisse. Eine Wirtschaftstheorie, die als Gesellschaftstheorie akzeptiert würde, würde sich

„bewahrheiten“, indem sie performativ werden würde. In der Realität zeigt sich allerdings, daß es nicht so einfach ist, den Leuten ihren „irrationalen“ Glauben an soziale und politische Rechte auszureden, die im Gesetz des Marktes und im Recht auf Eigentum nicht vorgesehen sind. Bisher haben nicht-marktgetriebene Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit allen Bemühungen um ihre ökonomische Rationalisierung widerstanden, mögen diese in der bleiernen Zeit des vordringenden Neoliberalismus auch noch so schwungvoll dahergekommen sein. Die Menschen weigerten sich beharrlich, die Idee einer „Moralökonomie“ aufzugeben, in der sie Rechte besitzen, die gegenüber den Ergebnissen von Tauschprozessen auf dem Markt Vorrang haben.³ Tatsächlich scheinen sie dort, wo sie dazu die Möglichkeit haben, wie es in einer funktionierenden Demokratie zwangsläufig der Fall ist, am Primat des Sozialen gegenüber dem Ökonomischen ebenso festzuhalten wie an Versprechen und Verpflichtungen, vor auf „Flexibilität“ zielenden Marktzwängen geschützt zu werden, und zu verlangen, daß die Gesellschaft die Erwartungen

Wolfgang Streeck
E Pluribus Unum?
„Varieties and Commonalities of Capitalism“, in: *Sociology of Economic Life*, Colorado 2011
Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie
Königsstein/Ts 1981, Athenäum
Institutions in History
„Bringing Capitalism Back“, in: *Handbook of Comparative Institutional Analysis*, Oxford 2010, Oxford UP
Korporatismus in Deutschland
Frankfurt/M 1999, Campus
Man weiß es nicht genau
„Vom Nutzen der Sozialwissenschaften für Politik“, in: *Wissenschaftliche Politikberatung*, Göttingen 2011, Wallstein
Mitbestimmung
Gütersloh 1996, Bertelsmann-Stiftung
Noch so ein Sieg, und wir sind verloren
„Nationalstaat nach der Finanzkrise“, in: *Leviathan* 2010, Nr. 2
Re-forming Capitalism
Oxford 2009, Oxford UP
Social Institutions and Economic Performance
London 1992, Sage
Taking Capitalism Seriously
„Towards an Institutional Approach to Contemporary Political Economy“, in: *Socio-Economic Review*, 2011, Nr. 1
Und wenn jetzt noch eine Krise käme?
in: *Zukunft des Kapitalismus*, Berlin 2010, Suhrkamp

VÖLKER UND MÄRKTE

DEMOKRATISCHER KAPITALISMUS UND EUROPÄISCHE INTEGRATION. EIN EPILOG

DIE HOFFNUNG, daß die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs vom 26. und 27. Oktober die Finanzmärkte und den Euro stabilisieren würden, überlebte nicht einmal einen Tag. Die Börsenkurse, die zunächst gestiegen waren, brachen wieder ein, sobald das Kleingedruckte ans Licht kam und neue Zweifel säte. Würden tatsächlich alle Investoren beim freiwilligen Haircut mitmachen? War die Bazooka nicht doch immer noch eher eine Wasserpistole? Dann begann das griechische Satyrspiel, kurz darauf das italienische, und alles war *back to square one*.

Niemand kann derzeit mit auch nur annähernder Gewißheit sagen, was die europäischen Staaten und Institutionen tun müssten, um das abgestürzte globale Finanzsystem zu reparieren. Man weiß es einfach nicht. Die einen verlangen strikte Austerität, die anderen neues Wachstum, und alle wissen: beides wäre nötig, aber auf einmal wird beides nicht zu haben sein. Die Rettungspläne der Technokraten pendeln zwischen den Hörnern immer neuer Dilemmas hin und her; dreimalgescheiterte Patentrezepte werden dutzendweise auf den Markt geworfen, mit immer kürzerer Halbwertszeit. In der Nacht auf den 28. Oktober durften die europäischen Regierungschefs zum ersten Mal wieder alpträumfrei bis in den Morgen schlafen; danach war alles wie immer in den letzten drei Jahren. Das einzige, was man weiß, ist: „die Märkte“ werden sich beruhigen, wenn sie sich beruhigen werden; aber wann das sein wird, darüber schweigen sie sich aus, ebenso wie darüber, was sie als nächstes verlangen werden. Werden sie Frankreich angreifen? Wenn es sein muß: selbstverständlich. Zufrieden sein werden sie erst, wenn sie völlige Gewissheit haben, dass sie ihr Geld ganz und gar zurückbekommen werden, durch nationale Sparpakete, internationale Einlagensicherungsvereinbarungen oder, am besten, beides.

Unterdessen entfaltet sich die Dialektik von Demokratie und Kapitalismus in atemberaubendem Tempo. Kaum hatte sich die Aufregung über das geplante und dann wieder abgesagt griechische Referendum gelegt, überschlugen sich die Ereignisse. Berichten über Witzeleien in Brüsseler Korridoren über die Wünschbarkeit eines Militärputsches in Athen folgte die Ablösung erst der griechischen und dann der italienischen Regierung. Unter allgemeinem Aufatmen ging die Macht an in internationalen Finanzkreisen hochangesehene Ökonomen-Technokraten über, von denen man hofft, daß sie der Logik „der Märkte“ endlich energisch Geltung verschaffen werden. Die Hoffnung ist prima facie nicht unberechtigt. Mario Monti, neuer Premierminister Italiens, zerschlug als europäischer Wettbewerbskommissar das deutsche öffentliche Bankensystem (woraufhin es sich mit dem Ankauf amerikanischer Schrottpapiere vergeblich zu sanieren versuchte); nach dem Ende seiner Brüsseler Amtszeit verdiente er sein Geld als Berater unter anderem von Goldman Sachs, dem größten aller Schrottpapierproduzenten. Loukas Papadimos, jetzt Regierungschef in Griechenland, war Präsident der griechischen Zentralbank, als das Land sich mit gefälschten Statistiken den Zugang zur Währungsunion und damit unbegrenzten Kredit zu deutschen Zinssätzen sicherte. Hilfe bei der kreativen Bearbeitung der nationalen Kontenbücher kam damals übrigens von der europäischen Niederlassung von Goldman Sachs, deren Chef Mario Draghi war, der seit kurzem bekanntlich als Präsident der Europäischen Zentralbank fungiert. Die drei sollten gut miteinander auskommen.

Mittlerweile zweifelt niemand mehr, daß die demokratischen Staaten der kapitalistischen Welt nicht mehr nur einen Souverän haben, sondern zwei: unten ihr nationales Volk, oben die internationalen „Märkte“. „Globalisierung“, Finanzialisierung und europäische Integration schwächen ersteres und stärken letztere. Derzeit verschieben sich die Gewichte rapide nach oben. Wo früher *Leuteversteher* gesucht waren, sind heute *Kapitalversteher* gefragt, die das Vertrauen „der Märkte“ haben, weil sie die nötigen technischen Tricks beherrschen, um dafür sorgen zu können, daß die Investoren ihren Einsatz mit Zins und Zinseszins zurückbekommen. Da für die Staaten das Vertrauen der Märkte heute wichtiger ist als das der Wähler, wird die in Gang befindliche Machtübernahme der Kapitalversteher rechts wie links nicht als Problem angesehen, sondern als Lösung. In Nordeuropa erleichtern anekdotische Darstellungen der Bizarren des in Griechenland und Italien endemischen Klientelismus den Rückzug auf Gemeinplätze wie den, daß Demokratie nicht das Recht bedeuten könne, über die eigenen Verhältnisse zu leben und seine Schulden nicht zurückzahlen, zumal wenn es sich um „unser“ Geld handelt.

Doch so einfach ist die Sache nicht. Nicht um „unser“ Geld geht es, sondern um das der Banken, und nicht um Solidarität mit den Griechen, sondern mit den „Märkten“. Wie wir wissen, haben die letzteren den ersteren ihr Geld geradezu aufgedrängt, in der Erwartung, es wenn nicht von diesen, dann von den anderen Staaten der Euro-Zone zurückzubekommen, falls nötig nach dem Muster der „too big to fail“-Erpressung von 2008. Was „uns“ angeht, so haben unsere Regierungen solchen Erwartungen nicht widersprochen, obwohl es den riesigen Überwachungsapparaten der großen Nationalstaaten und internationalen Organisationen nicht entgangen sein kann, wie sich Länder wie Griechenland nach ihrer Aufnahme in die Euro-Zone mit billigen Krediten vollgesogen haben. In der Tat dürfte genau dies – die Sicherung der Geldversorgung der Südstaaten – einer der Zwecke der Euro-Übung gewesen sein: nämlich Ersatz zu schaffen für die zurückgehenden Subventionen aus den überbeanspruchten Regional- und Strukturfonds der EU in einem Zeitalter weltweiter Haushaltskonsolidierung. So machten nicht nur die Banken gute und, vermeintlich, sichere Geschäfte, sondern auch die Exportindustrien der Nordstaaten, die von der stetig erneuerten Kaufkraft ihrer südlichen Kundschaft profitierten und nicht mehr befürchten mußten, daß Länder wie Portugal, Spanien, Italien und Griechenland sich wie in der Vergangenheit durch periodische Abwertung ihrer Währungen vor der überlegenen Wettbewerbsfähigkeit der nord-europäischen Volkswirtschaften schützen würden.

Es gehört zu den bewundernswertesten Unverschämtheiten der politischen PR-Geschichte, wie die politischen Eliten des Nordens heute über das Staunen darüber heucheln, daß die Subventionen und Kredite, die in den letzten Jahrzehnten in die Länder des Mittelmeers geflossen sind, dort für Korruption und Spekulation statt für ehrliches Wachstum (wie in den USA und Großbri-

tannien) verwendet wurden. Jeder nur halbwegs Eingeweihte wußte von den unmöglich riesigen Olivenernten in Griechenland, ebenso wie in den Nachkriegsjahrzehnten die intimen Verbindungen zwischen der italienischen *Democrazia Cristiana* und der Mafia, mit einer Figur wie Giulio Andreotti als Schaltzentrale eines stabilen Netzwerks zwischen Staatsapparat, Parteien, Armee, organisiertem Verbrechen und in- und ausländischen Geheimdiensten alles andere als ein Staatsgeheimnis waren. Was Griechenland angeht, so konnte sich jeder europäische Politiker über die unbeglichenen historischen Rechnungen seit dem Ende der Militärherrschaft im klaren sein: eine an Lateinamerika erinnernde Vermögensverteilung, eine nicht steuerbare Oberschicht, und einen demokratischen Staat, dem nichts anderes übrig blieb, als sich die Ressourcen, die seine vermögenden Bürger längst ins Ausland geschafft hatten, von anderen Staaten oder von den „Märkten“ zuschießen zu lassen, um das alte Geld in Frieden altes Geld sein lassen zu können und sich mit dem neuen Geld die Unterstützung einer wachsenden, zunehmend an nördlichen Konsumnormen orientierten Mittelschicht zu erkaufen.

Daß niemand auf die Idee kam, hieran Anstoß zu nehmen, dürfte letzten Endes darauf zurückgehen, daß die einzige Alternative nach dem Ende der Militärherrschaft eine radikale Rekonstruktion der griechischen Gesellschaft gewesen wäre, möglicherweise nach dem Modell der damals eukommunistisch regierten Emilia Romagna. So etwas aber wollte in Nordeuropa und den USA niemand riskieren: ebensowenig wie in Portugal nach der Nelkenrevolution, in Spanien nach dem Ende Francos und schon gar nicht im Italien der 1970er Jahre, wo die Kommunistische Partei unter Enrico Berlinguer auf eine Regierungsbeteiligung verzichtete, um keinen Putsch à la Chile zu provozieren. So nahm man in die EU auf, was an postfaschistischer Demokratie zu haben war, in der Hoffnung, daß sich mit dem davon erwarteten Wachstum der Wirtschaft auch die archaischen Sozial- und Klassenstrukturen auswachsen würden, die für Faschismus und Militärdiktaturen ebenso verantwortlich gewesen waren wie für das Steckenbleiben der kapitalistischen Modernisierung.

NEOFUNKTIONALISMUS

Was das organisierte, heute zwischen Norden und Süden hin- und hergerissene Europa angeht, so müssen wir uns wohl auf eine Wiederbelebung des



Nicholas Shaxson: *Schatzinseln*
Wie Steuerroasen die Demokratie untergraben
416 S., Klappenbroschur, 2011
ISBN 978-3-85869-460-7 Euro 24,50

Rotpunktverlag.
www.rotpunktverlag.ch

Schmutziges Geld

Steueroasen sind alles andere als exotische Nebenschauplätze der Weltwirtschaft. Offshore-Banking ist für jeden multinationalen Konzern übliche Praxis. Nicholas Shaxson liefert eine umfassende Darstellung der Steueroasen dieser Welt – mit besonderem Fokus auf den Finanzplatz Schweiz, «einer der weltgrößten Aufbewahrungsorte für schmutziges Geld».

GRIECHENLAND UND EUROPA

IM KNÄUEL DER KRISENREAKTIONSKRÄFTE - VORURTEILE UND RICHTIGSTELLUNGEN

FRANK BERBERICH: Wie beurteilen Sie die Entscheidung Griechenlands, der EU und der Eurozone beizutreten heute? Welche Rolle spielten dabei ökonomische, politische und historische Gesichtspunkte?

ANTONIS LIAKOS: Griechenlands Weg hin zum europäischen Einigungsprozess wurde historisch durch zwei Faktoren bestimmt. Der erste betraf die Abstützung der prowestlichen Orientierung des Landes in Zeiten des Kalten Krieges sowie die Befürchtungen, das Land könne zum kommunistischen Block abgleiten. Der zweite Grund lag darin, daß nach dem Ende der Diktatur im Jahre 1974 der Beitritt zur EWG eine Garantie dafür war, das parlamentarische System zu stabilisieren und einen Rückfall in die Diktatur zu verhindern. Allerdings war all dies auch Teil einer größeren historischen Bewegung. Mit dem Fall der Diktaturen in Portugal, Spanien und Griechenland in den siebziger Jahren beobachten wir die Vereinigung des südlichen mit dem übrigen Europa. Es handelt sich um einen politischen Vereinigungsprozess des europäischen Kontinents, der zehn Jahre nach 1989 um Zentral- und Osteuropa ergänzt wurde. Es handelt sich also nicht um etwas Zufälliges, vielmehr um eine Tendenz von großer historischer Tiefe. Unter diesem Blickwinkel können wir annehmen, daß eine eventuelle Entfernung Griechenlands aus Europa ein Anzeichen für eine breitere und bislang unabherrschbare Dynamik sein könnte. Mir fällt auf, daß Griechenland oft als ungebetener Gast in Europa behandelt wird. Aber Europa ist nun mal so, wie es ist, und ist stark, weil es uns allen gehört. Andernfalls wäre es nur ein französisches oder britisches oder deutsches Imperium.

Welche Auswirkungen hatte Mitgliedschaft in der Eurozone auf die Wirtschaft, auf die Eliten und Machtgruppen sowie auf die Mentalität verschiedener sozialer Gruppen Ihres Landes?

Die Auswirkungen des griechischen Beitritts zu den europäischen Institutionen waren in jeder Hinsicht sehr bedeutsam. Das Problem des Beitritts, insbesondere jenes zur Eurozone, ist folgendes: Seit dem Ende der Diktatur befindet sich Griechenland in einem Prozeß der Entindustrialisierung. Die alten, auf großen Energiekonsum gestützten Industrien wurden stillgelegt, ohne daß neue auf der Basis neuer Technologien gegründet wurden. Außerdem schaffen die neuen Technologien kaum Arbeitsplätze. Zwar wurden Dienstleistungen und der Tourismus ausgebaut, aber es fehlte eine Steigerung der Produktivität, welche die Exporte hätte unterstützen können. Griechenland mutierte zu einer Gesellschaft, die ihre Konsumgüter importiert. Hierbei haben wir es nicht nur mit griechischer Verantwortlichkeit zu tun, sondern auch mit Mängeln der Architektur des Euro. Was geschieht, wenn man ein technologisch entwickeltes Land wie Deutschland währungstechnisch mit einem technologisch zurückgebliebenen Land wie Griechenland oder Spanien oder Portugal vereint? Die Produkte des ersten überschwemmen den Markt des zweiten. Deren Industrie verschwindet. Wer sich heute in Griechenland umschaut, sieht, daß die meisten Unternehmen, vom Athener Flughafen über die Telekommunikation zu Supermärkten und vielen anderen, in der Hand deutscher Interessengruppen sind. Deutschland hat bereits zu Zeiten von Bundeskanzler Schröder vorausschauend ein Sparprogramm durchgeführt, die Löhne und Produktionskosten so niedrig gehalten, daß es erfolgreich mit allen anderen Ländern konkurrieren konnte. Wie hätten die anderen Länder reagieren können? Hätten sie noch ihre eigene Währung, könnten sie diese

abwerten. Aber das haben sie nicht, und der Preis des Währungsaustritts ist mittlerweile prohibitiv. Sie könnten Kredite aufnehmen, um zu investieren. Das würde sich allerdings nur lohnen, wenn die Zinssätze zwischen den Ländern der Eurozone nicht unterschiedlich wären. Um diese jedoch einander anzugleichen, müßte eine gemeinsame Wirtschaftsregierung existieren, welche die Investitionen auf das gesamte Gebiet der Eurozone verteilen könnte, um ein gleichmäßiges Wachstum zu gewährleisten. Eine solche Regierung haben wir jedoch nicht. Das ist Teil des Problems.

Die Krise im heutigen Europa ist sehr viel umfassender als die griechische Krise. In dieser Krise ist auch Deutschland Teil des Problems. Die ungleiche wirtschaftliche Entwicklung in Europa nützt kurzfristig den starken Ländern, unterminiert sie aber auf lange Sicht. Damit das Wachstum nachhaltig ist, muß es die Ungleichheiten vermindern, muß es Mechanismen zur Verteilung der Überschüsse aufweisen. Es geschieht hier, was auch in den Gesellschaften geschieht. Vor 1929 wie auch vor 2008 hatte die ungleiche Verteilung des Reichtums beide Male einen Gipfel erreicht.

DIE BEITRITTSGESCHICHTE

Wie kann man die berüchtigte Fälschung der griechischen Haushaltsbilanz beim Eintritt in die Eurozone erklären? Waren das Schlamperei und Inkompetenz, oder war es bewußte Irreführung mit kaltem Kalkül? Und was besagen derartige Praktiken über die verantwortliche Regierung?

Was die Verfälschung der statistischen Daten beim griechischen Beitritt zur Eurozone im Jahr 2001 angeht sowie den „Irrtum“ der europäischen Politiker, die diese Daten akzeptierten, gibt es einen Mythos, der am besten ein für alle Mal aufgeklärt werden sollte. Die Beitrittskriterien zur Eurozone sind im Maastricht-Vertrag festgelegt [Verschuldungsgrenze bei drei Prozent], ihre Überprüfung wurde der Europäischen Zentralbank übertragen, und der griechische Beitritt von den Ministern im Ecofin-Rat gebilligt. [Der monatlich tagende Ecofin-Rat setzt sich aus den Wirtschafts- und Finanzministern der Mitgliedstaaten zusammen und hat unter anderem die Überwachung der Haushalts- und Finanzpolitik der Mitgliedstaaten zur Aufgabe.] Die Infragestellung jener Daten begann viel später, im Jahr 2004, als die Regierung Karamanlis in dem Bemühen, von ihren Wahlversprechen abzurücken, den Nachweis erbringen wollte, daß sie von der Regierung Simitis eine überschuldete Wirtschaft übernommen hatte. Konkret ging es folgendermaßen vor: Während Rüstungsausgaben normalerweise in jenem Jahr, in dem sie bezahlt werden, in den Haushalt gestellt werden, wurden sie in diesem Fall nachträglich in den Haushalt zur Zeit der Bestellung geschoben.

Das war ein Trick, damit Karamanlis einerseits darauf hinweisen konnte, daß die wirtschaftliche Situation, die er übernommen hatte, eine Überschuldung aufwies, und andererseits die Überschuldung in seinem eigenen Haushalt reduzieren konnte. Kostas Simitis hat damals und auch später auf diesen Trick hingewiesen. Der Mythos hat jedoch sein Eigenleben entfaltet. Im übrigen möchte ich darauf hinweisen, daß, während Griechenland im Jahr 1999 die Bedingungen zum Beitritt zur Eurozone erfüllte, Frankreich im selben Jahr eine Verschuldung von 3,3 Prozent aufwies, das heißt über dem in Maastricht vereinbarten Limit lag. Folglich sollten wir hier zwei Dinge festhalten. Das erste bezieht sich auf die Voraussetzungen

der Diskussion. Sehr viele Ungenauigkeiten. Das zweite ist die Fragilität der ökonomischen Kriterien. Welches europäische Land weist heute eine Verschuldung von weniger als drei Prozent auf, erfüllt also die Maastricht-Kriterien? Anstatt sich auf die Statistiken zu fixieren, sollten wir besser abgewogen darüber nachdenken, was eine einheitliche Währung bedeutet, die von Ländern mit unterschiedlichem Produktionsniveau und ohne gemeinsame politische Organe genutzt wird. Der Euro entsprach der Idee, daß die Vereinigung der Märkte und die gemeinsame Währung den europäischen Einigungsprozess vorantreiben würden. Die Realität zeigt uns, daß sich statt einer Konvergenz der europäischen Gesellschaften stärkere Divergenzen entwickeln. An dieser Stelle ist zu überlegen, was zu tun ist. Welche neue Richtung müßte die europäische Einigung einschlagen? Die Krise zeigt, daß eine neue Konzeption für Europa vonnöten ist.

Wie wurde Griechenland durch seine veränderte Rolle in der internationalen Arbeitsteilung positiv oder negativ affiziert? Wie haben sich Europäisierung, Globalisierung und die Entwicklung des World Wide Web auf seine ökonomische Positionsbestimmung ausgewirkt?

Diese Frage ist ausgezeichnet, denn sie führt über den engen Rahmen der Diskussion über die griechische Krise hinaus. Wir befinden uns in einer Krise, die 2008 in den USA begonnen hat. Eine weltweite Krise. Diese Krise weist jedoch im Vergleich zu den vorhergehenden Krisen Eigentümlichkeiten auf. Sie ist nicht nur der Aufblähung des Finanz- und Kreditwesens geschuldet, das heißt einer gewaltigen Blase von Werten. Diese Krise befindet sich an der Spitze von drei sich gegenseitig überlappenden Krisen. Die eine betrifft eine neue Art, mit der Wirtschaft und der Gesellschaft umzugehen, die Rolle des Staates usw. Es geht um ein neues Politikmodell, das jenes vom Keynesianismus und vom Vorsorgestaat geprägte ablöst. Die kollektiven Ausgaben der Gesellschaft steigen ohne eine entsprechende Verbesserung und Vermehrung von Dienstleistungen gegenüber den Bürgern, wobei den Bürgern auch noch Kostensteigerungen auferlegt werden. Schlechtere, weniger und teurere Dienstleistungen.

Die zweite Krise betrifft die Verschiebung des Schwerpunkts der Welt vom Westen nach Osten, von den alten zu den neuen Märkten. Auf diesen, wie zum Beispiel China und Indien, sind die Arbeitskosten sehr niedrig; daraus resultiert ein starker Druck auf den Westen, seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, indem das Lebenshaltungsniveau der arbeitenden Schichten gesenkt wird. Die Länder, in denen das am intensivsten geschieht, sind die Länder Südeuropas. Die berüchtigten von der Troika aus Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds geforderten Reformen bedeuten ein Social Engineering, welches

Antonios Liakos
Apocalypse, Utopia and History
Athen 2011, Polis

Ergasia kai Politiki stin
Ellada tou Mesopolemos
Athen 1993, Emborikos

Pos stochastikan to ethnos
autoi pou ithelan na allaxoun
ton kosmo
Athen 2006, Polis

Pos to parelthon ginetai
istoria?
Athen 2007, Polis

L'unificazione italiana
e la grande idea
Firenze 1995, Aletheia

Wassilis Asvestopoulos
Griechenland - eine
EUROPäische Tragödie
Berlin 2011, ambition

Iosif Botetzagias, Liam Leonard
Sustainable Politics and the
Crisis of the Peripheries
Ireland and Greece
Bingley 2011, Emerald Group

J. Cahuzac, J. Fourquet, J. Poff
Crisis de l'euro, crise
de l'Europe?
Paris 2011, Fondation Jean Jaurès

Dimitris Dimitriadis
Ich sterbe als Land
54, Berlin 2001

Aristos Dioxidis
Griechische Wirtschaft
94, Berlin 2011

Omar Hamdan
Griechenland und der
drohende Staatsbankrott
München 2010, Grin

WAS GESCHAH IN LIBYEN?

DAS ARABISCHE ERWACHEN UND DIE MILITÄRINTERVENTION DER SCHUTZMÄCHTE

NUN IST GADDAFI tot, und die NATO hat, zum ersten Mal seit dem Sieg des algerischen FLN (*Front de libération nationale*) über Frankreich 1962, einen Krieg in Nordafrika geführt. Der einzig wahre „Staat der Massen“ in der arabischen Welt, die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahiriyja, hat ein böses Ende genommen. Im Gegensatz zum unblutigen Staatsstreich vom 1. September 1969, der König Idris stürzte und Gaddafi und seine Kollegen an die Macht brachte, hat die Kombination von Rebellion, Bürgerkrieg und NATO-Bombardierung zum Schutz von Zivilisten mehrere tausend (5 000? 10 000? 25 000?) Todesopfer gefordert, viele tausend Verletzte und Hunderttausende Flüchtlinge hinterlassen sowie massiven Schaden an der Infrastruktur angerichtet. Was hat Libyen als Gegenwert, wenn davon überhaupt die Rede sein kann, für so viel Tod und Zerstörung erhalten, die in den letzten sieben Jahren über das Land hereingebrochen sind?

Der Sturz von Gaddafi & Co. war weit davon entfernt, eine eindeutige Revolution gegen eine Tyrannei zu sein, doch die jüngste militärische Intervention des Westens ist auch nicht einfach abzutun als eine Sache, bei der es nur um Öl ging. Das libysche Drama, das vom Nationalen Übergangsrat (NTC) aufgeführt und von den westlichen Medien als integraler Bestandteil des Arabischen Frühlings bejubelt wurde, als sei es von derselben Art wie die Aufstände in Tunesien und Ägypten, gehört eher auf die Liste der westlichen oder vom Westen unterstützten Kriege gegen feindliche, „aufässige“, nicht ausreichend „gefügte“ oder „Schurken“-Regierungen: Afghanistan eins (gegen das kommunistische Regime, 1979 bis 1992), Irak eins (1990 bis 1991), die Bundesrepublik Jugoslawien (in Sachen Kosovo, 1999), Afghanistan zwei (gegen das Talibanregime, 2011) und Irak zwei (2003), wozu sich mit Einschränkungen die Militärinterventionen in Panama (1989), Sierra Leone (2000) und der Elfenbeinküste (2011) anfügen lassen. Eine frühere Reihe von Ereignissen, die man im Gedächtnis behalten sollte, schließt die Schweinebucht (1961) ein, die Intervention durch westliche Söldner in Kongo (1960 bis 1964), die von den Briten assistierte Palastrevolution in Oman 1970 und nicht zuletzt drei fehlgeschlagene Komplote, bei denen man sich, unter den anfangs wohlwollenden Augen der westlichen Geheimdienste, David Stirlings und verschiedener anderer Söldner bediente, um zwischen 1971 und 1973 das Gaddafi-Regime zu stürzen – eine Episode, die als das *Hilton Assignment* bekannt ist.

Gleichzeitig gibt die Geschichte Libyens im Jahre 2011 Anlaß für mehrere verschiedene Debatten. Die erste von ihnen, über das Für und Wider einer militärischen Intervention, tendierte dazu, die anderen in den Hintergrund zu drängen. Doch zahlreiche Staaten in Afrika und Asien und zweifellos auch in Lateinamerika (Kuba und Venezuela kommen einem in den Sinn) möchten womöglich wissen, warum die Dschamahiriyja, obwohl sie ihr Verhältnis zu Washington und London 2003 bis 2004 verbessert hatte und mit Paris und Rom vernünftigen Umgang pflegte, sich als so verletzlich durch deren plötzliche Feindseligkeit erweisen sollte. Und der libysche Krieg sollte uns auch dazu veranlassen, zu überprüfen, wie sich Interventionen der westlichen Mächte in Afrika und Asien und insbesondere in der arabischen Welt auf demokratische Prinzipien und die Idee der Rechtsstaatlichkeit auswirken.

Die Afghanen, die gegen die kommunistischen Regierungen von Nur Muhammad Taraki, Hafizullah Amin und den von der Sowjetunion gestützten Babrak Karmal rebellierten und 1992 Mohammed

Nadschibullah stürzten, bevor sie Kabul in einem langen Krieg der Splittergruppen in Schutt und Asche legten, haben sich *mudschaheddin* genannt, „Kämpfer für den Glauben“. Sie führten einen Dschihad gegen gottlose Marxisten und sahen keinen Anlaß, damit hinter dem Berg zu halten angesichts der enthusiastischen Berichterstattung in den Medien und der logistischen Unterstützung, die ihnen der Westen gab. Doch die Libyer, die gegen Gaddafis Dschamahiriyja zu den Waffen griffen, waren bemüht, diese Bezeichnung zu vermeiden – wenigstens dann, wenn sie in die Nähe westlicher Mikrofone gerieten. Mit Religion hatten die Umwälzungen in Tunesien und Ägypten wenig zu tun: In Tunesien fehlten Islamisten auf der Bühne bis zum Fall von Ben Ali beinahe völlig; in Ägypten waren die Muslimbrüder nicht die Anstifter der Protestbewegung (an der auch die koptischen Christen teilnahmen), und sie achteten darauf, daß ihre Unterstützung diskret blieb. Und so wurde die Irrelevanz des Islamismus für die populäre Revolte gegen despotische Regime Teil der westlichen Lesart des Arabischen Frühlings. Libysche Rebellen und Gaddafi-Getreue haben diese Tatsache gleichermaßen stillschweigend anerkannt.

ISLAMISTISCHE ASPEKTE

Die westlichen Medien haben die Selbstbeschreibung der Rebellen als vorwärtsblickende liberale Demokraten meist bestätigt und Gaddafis übertriebene Behauptung zurückgewiesen, daß *al-Qaida* hinter der Revolte stecke. Doch man kann inzwischen nicht länger ignorieren, daß die Rebellion Islamisten mobilisiert und selbst eine islamistische Färbung angenommen hat. Bei seinem ersten Besuch in Tripolis erklärte Mustafa Abd al-Dschalil, der Vorsitzende des NTC, der damals seinen Sitz noch in Benghazi hatte, daß alle Gesetzgebung des zukünftigen libyschen Staates auf der Scharia gründen werde, und kam in diesem entscheidenden Punkt jedem gewählten Gremium zuvor. Abd al-Hakim Balhadsch (alias Abu Abdullah as-Sadiq), den der NTC auf den neugeschaffenen Posten eines Militärkommandeurs von Tripolis berufen hat, ist ein ehemaliger Anführer der *Libyschen Islamischen Kampfgruppe* (LIFG) – einer Bewegung, die in den neunziger Jahren eine Terrorkampagne gegen den libyschen Staat betrieb und Rekrutierungen für *al-Qaida* vornahm. Die demokratischen Revolutionäre in Tunesien sind nun besorgt darüber, daß das Wiedererstarken der islamistischen Bewegung die politische Debatte von Verfassungsfragen auf Identitätsfragen abgelenkt hat – das wäre Gift für die im Entstehen begriffene Demokratie des Landes. Unter diesem Gesichtspunkt sollte uns der islamistische Aspekt der libyschen Rebellion eine Warnung sein. Er ist einer von mehreren Gründen, zu fragen, ob wir Zeugen einer Revolution oder einer Konterrevolution geworden sind.

Der Name der Rebellen hat sich im Wörterbuch der westlichen Medien mehrfach geändert: Erst waren sie „friedliche Demonstranten“, „Protestierende für Demokratie“, „Zivilisten“, dann (ein verspätetes Eingeständnis) „Rebellen“ und schließlich „Revolutionäre“. „Revolutionäre“ – auf Arabisch *thawar* (Singular *thair*) – ist spätestens seit dem Fall von Tripolis ihre bevorzugte Bezeichnung. *Thair* kann einfach „erregt“ oder „aufgeregt“ bedeuten. Die jungen Männer, die einen großen Teil der Zeit zwischen April und Juli damit zugebracht haben, die Küstenstraße in Toyota-Pick-ups auf und ab zu fahren (und den ganzen September damit, um Bani Walid herum hin und her zu fahren), wobei

sie ebensoviel Munition in die Luft verschossen wie auf den Feind, waren sicherlich aufgeregt. Aber wie viele Veteranen anderer Revolutionen würden sie, im Gegensatz zu westlichen Journalisten, als ihre Ebenbilder anerkennen?

Die Ereignisse in Tunesien und Ägypten waren der Intention nach revolutionär, aber der Wandel, der sich in Ägypten ereignet hat, entspricht durchaus nicht einer wirklichen Revolution: Die Rückkehr der Armee an die Macht bedeutet, daß die Politik des Landes noch über die Logik des 1952 von den *Freien Offizieren* gegründeten Staates hinauszugehen hat. Doch als Hunderttausende sich im letzten Winter gegen Mubarak erhoben, war das ein historisches Ereignis, das die Ägypter nie vergessen werden. Das gleiche gilt für Tunesien – mit der Ausnahme, daß dort eine Revolution nicht nur Ben Ali gestürzt, sondern auch das Monopol der alten herrschenden Partei beendet hat. Die Tunesier sind ins Unbekannte vorgestoßen. Ihre größte Prüfung wird sein, ob sie über die Ressourcen verfügen, um mit der islamistischen Bewegung fertig werden zu können. Die jüngsten Wahlen legen nahe, daß sie recht gut damit zurechtkommen.

Libyen war in zweierlei Hinsicht ein Teil des größeren „arabischen Erwachens“. Die Unruhen begannen am 15. Februar, drei Tage nach dem Fall von Mubarak – es gab also einen Ansteckungseffekt. Zudem waren eindeutig viele der Libyer, die in den folgenden Tagen auf die Straße gingen, von denselben Empfindungen besetzt wie ihre Mitstreiter anderswo. Doch der libysche Aufstand unterschied sich von den tunesischen und ägyptischen Vorläufern in zwei Punkten: in der Geschwindigkeit, mit der er einen gewalttätigen Charakter annahm – die Zerstörung staatlicher Gebäude und die fremdenfeindlichen Attacken auf Ägypter, Serben, Koreaner und vor allem Schwarzafrikaner –, und in dem Ausmaß, in dem die Protestierenden, die alte libysche Fahne der Epoche von 1951 bis 1969 schwenkend, ihre Sache mit der Monarchie identifizierten, die Gaddafi & Co. gestürzt hatten. Dieser Unterschied war zum großen Teil äußeren Einflüssen geschuldet. Aber er war auch dem Charakter von Gaddafis Staat und Regime geschuldet.

Die Sozialistische Libysch-Arabische Volks-Dschamahiriyja, die weithin als bizarre Schöpfung ihres exzentrischen, wenn nicht gar verrückten „Führers“ lächerlich gemacht wurde, teilte tatsächlich viele Merkmale mit anderen arabischen Staaten. Mit dem massiven Anstieg der Öleinnahmen in den frühen Siebziger Jahren wurde Libyen eine „Kohlenwasserstoffgesellschaft“, die mehr den Golfstaaten als ihren nordafrikanischen Nachbarn ähnelte. Libyens Öleinnahmen wurden breit verteilt, das neue Regime organisierte einen Wohlfahrtsstaat, von dem praktisch alle Libyer profitierten. Zugleich verließen sie sich wie die Golfstaaten auf ihren Ölreichtum, um alles zu kaufen, was ihnen an Technologie und Konsumartikeln fehlte, zu schweigen von Hunderttausenden ausländischen Arbeitskräften. Für Gaddafi und seine Kollegen wurde die verteilende Rolle des Staates schnell zum zentralen Element ihrer Strategie zur Regierung des Landes.

STURZ DER MONARCHIE

Der Staatsstreich von 1969 gehörte zu einer Serie von Umstürzen, die die Ordnung in Frage stellten, die von England und Frankreich errichtet worden war, um die arabische Welt nach dem Ersten Weltkrieg und nach der Zerstörung des Osmanischen Reiches zu dominieren. Sie erstarkte im Gefolge der Niederlagen im Zweiten Weltkrieg und der

Und aufgrund der Belege, die ich bislang sammeln konnte, neige ich zu der Annahme, daß Destabilisierung genau das war, was stattfand.

DIE MASSAKER-STORY

In den darauffolgenden Tagen habe ich mich bemüht, die Story von *al-Dschazira* selbst zu überprüfen. Eine Quelle, die ich konsultiert habe, war das angesehene Blog *Informed Comment*, von Juan Cole betrieben und täglich aktualisiert, einem Nahostspezialisten an der Universität von Michigan. Es brachte am 21. Februar ein Posting mit dem Titel „Gaddafis Bombardierungen erinnern an die Musolinis“, in dem bemerkt wurde, daß „zwischen 1933 und 1949 Italo Balbo sich für Luftschläge als bestes Mittel eingesetzt hat, um mit aufständischen Kolonialbevölkerungen fertig zu werden“. Das Posting begann: „Der Beschuß aus der Luft und die Bombardierung in Tripolis von zivilen Demonstranten durch Muammar Gaddafis Kampfflugs am Montag...“, wobei die hervorgehobenen Worte mit einem Artikel von Sarah El Deeb und Maggie Michael verlinkt waren, der am 21. Februar um neun Uhr morgens von *Associated Press* veröffentlicht worden war. Dieser Artikel bot keine Bestätigung für Coles Behauptung, daß Kampfflugs Gaddafis (oder irgendwelche anderen Flugzeuge) irgend jemanden in Tripolis oder sonstwo beschossen oder bombardiert hätten. Dasselbe trifft auf jede Quelle zu, die in den anderen von Cole an diesem Tag geposteten Beiträgen zu Libyen angegeben wurde, mit denen die Story vom Luftangriff weiterverbreitet wurden.

Ich war die meiste Zeit über in Ägypten, doch da viele Journalisten, die Libyen besuchten, durch Kairo kamen, machte ich es mir zur Aufgabe, alle, die ich aufreiben konnte, zu fragen, was sie vor Ort aufgeschnappt haben. Keiner von ihnen hat irgendeine Bestätigung der Story gefunden. Ich erinnere mich insbesondere, daß ich am 18. März den britischen Nordafrikaspezialisten Jon Marks fragte, der gerade von einer Reise durch die Kyrenaika (einschließlich Adschabiya, Benghazi, Buraiga, Darna und Ras Lanuf) zurückkam, was er über die Story gehört habe. Er sagte mir, daß niemand, mit dem er gesprochen hatte, sie erwähnt habe. Vier Tage später, am 22. März, brachte *USA Today* einen aufsehenerregenden Artikel von Alan Kuperman, dem Autor von *The Limits of Humanitarian Intervention* und Mitherausgeber von *Gambling on Humanitarian Intervention*.

Der Artikel „Fünf Dinge, die die USA in Libyen bedenken sollten“ bot eine überzeugende Kritik der NATO-Intervention, die die Bedingungen verletze, die zu beachten seien, damit eine humanitäre Intervention berechtigt oder erfolgreich sein könne. Aber was mich am meisten interessierte, war seine Bemerkung, daß es „trotz allgegenwärtiger Handkammer: keine Bilder von der Gewalt eines Völkermordes“ gebe, „jener Behauptung, die den Beigeschmack von Rebellenpropaganda hat“. Vier Wochen später war ich also nicht der einzige, der keine Belege für die Story von der Abschachtung aus der Luft fand. In der Folge habe ich entdeckt, daß das Thema mehr als zwei Wochen zuvor am 2. März in Anhörungen des US-Kongresses aufgekommen war, vor dem Gates und Admiral Mike Mullen, der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, aussagten. Sie sagten dem Kongreß, daß sie keine Bestätigung für Berichte hätten, nach denen Flugzeuge unter dem Befehl Gaddafis auf Bürger geschossen hätten.

Die Story war unwahr, ebenso unwahr wie die Story, die im August 1990 um die Welt ging, der zufolge irakische Truppen kuwaitische Babys abschlachteten, indem sie ihre Brutkästen abschalteten, und so unwahr wie das aufgebrelzte Dossier über Saddams Massenvernichtungswaffen. Doch wie Mohammed Chider, einer der Gründer des FLN, einmal bemerkt hat: „Wenn jeder eine Lüge aufgreift, wird sie zu einer Realität.“ Der Drang zu einem Regimewechsel durch Krieg war nicht mehr aufzuhalten.

Die Intervention beschädigte jedes einzelne der Prinzipien, auf die sich die Kriegspartei berief, um sie zu rechtfertigen. Sie verursachte den Tod von Tausenden Zivilisten, würdigte die Idee der Demokratie herab, würdigte die Idee des Rechts herab und gab eine gefälschte Revolution als eine echte aus. Zwei Behauptungen wurden unablässig wiederholt – sie waren grundlegend für das Kriegsplädoyer der westlichen Mächte: Gaddafi sei dazu übergegangen „sein eigenes Volk zu töten“, und er habe „jede Legitimation verloren“, wobei letzteres als Konsequenz des ersteren ausgegeben wurde. Beide Behauptungen waren irreführend.

„Sein eigenes Volk töten“ ist eine abgegriffene Parole aus dem früheren Regimewechselkrieg gegen Saddam Hussein. In beiden Fällen suggerierte sie zweierlei: daß der Despot ein Monster war und daß er keinen Teil der Gesellschaft, die er beherrschte, repräsentierte. Es ist tendenziös und unehrlich, einfach zu behaupten, Gaddafi habe „sein eigenes Volk getötet“. Er tötete diejenigen aus seinem Volk, die rebellierten. Insofern tat er, was jede Regierung der Geschichte getan hat, wenn sie mit einer Rebellion konfrontiert wurde. Wir sind alle frei, in jedem gegebenen Fall die Rebellen der Regierung vorzuziehen. Doch es sind nicht die relativen Vorzüge der beiden Seiten, um die es in solchen Situationen geht: Es geht um das Recht eines Staates, sich selbst gegen gewaltsamen Umsturz zu verteidigen. Dieses Recht, das einst als selbstverständlicher Bestandteil von Souveränität angesehen wurde, wird jetzt in Frage gestellt. Theoretisch wird es durch bestimmte Regeln eingeschränkt. Doch wie wir gesehen haben, kann die Berufung auf Regeln (zum Beispiel: „Kein Genozid!“) mit einer zynischen Übertreibung und Verzerrung der Fakten durch andere Staaten einhergehen. In Wahrheit gibt es keine verlässlichen Regeln. Ein Staat kann eine Revolte unterdrücken, wenn die ständigen verbotenen Mitglieder des Sicherheitsrats es ihm erlauben (zum Beispiel Bahrain, aber auch Sri Lanka), andernfalls nicht. Und wenn ein Staat glaubt, er könne einfach von dieser informellen Ermächtigung zur Selbstverteidigung ausgehen, weil er mit London, Paris und Washington auf gutem Fuße steht und alle Vereinbarungen mit ihnen respektiert, wie Libyen es tat, sollte er sich lieber in acht nehmen. Die Bedingungen können sich ohne Warnung von einem Tag auf den nächsten ändern. Sie sind jetzt eine Frage der Willkür, und Willkür ist das Gegenteil von Recht.

MYTHOS „LIBYSCHES VOLK“

Die Vorstellung, daß Gaddafi keinen Teil der libyschen Gesellschaft repräsentierte, daß er sich gegen sein gesamtes Volk stellte und sein gesamtes Volk gegen ihn war, ist eine weitere Verzerrung der Tatsachen. Wie wir durch die Länge des Krieges wissen, durch die große Pro-Gaddafi-Demonstration in Tripolis am 1. Juli, den heftigen Widerstand, den Gaddafis Truppen leisteten, die Monate, die die Rebellen brauchten, um in Bani Walid überhaupt Fuß fassen zu können, und den weiteren Monat, den sie in Sirte brauchten, genoß Gaddafis Regime ein beträchtliches Maß an Unterstützung, ebenso wie der NTC. Die libysche Gesellschaft war gespalten, und die politische Spaltung war selbst eine hoffnungsvolle Entwicklung, da sie das Ende der alten politischen Einmütigkeit bedeutete, die von der Dschamahiriyya auferlegt worden war und beibehalten wurde. In diesem Licht hatte das von „libyschen Volk“, das sich einmütig gegen Gaddafi erhebe, eine unheilvolle Implikation, gerade weil Westen geforderte – Einmütigkeit unterstellte. Diese fundamental undemokratische Vorstellung folgte natürlich aus der ebenso undemokratischen Vorstellung, daß in Ermangelung einer Volksbefragung durch Wahlen oder gar einer Meinungsumfrage, die die tatsächliche Sichtweise der Libyer

hätte ermitteln können, die britische, die französische und die amerikanische Regierung das Recht und die Kompetenz hätten, zu bestimmen, wer Teil des libyschen Volks sei und wer nicht. Keiner von denen, die das Gaddafi-Regime unterstützten, zählte. Da sie kein Teil des „libyschen Volks“ waren, konnten sie nicht zu den zu schützenden Zivilisten gehören, auch wenn sie tatsächlich Zivilisten waren. Und sie wurden nicht geschützt: Sie wurden durch Luftschläge der NATO ebenso wie durch außer Kontrolle geratene Rebelleneinheiten getötet. Die Anzahl solcher zivilen Opfer auf der falschen Seite des Krieges beträgt wahrscheinlich ein Vielfaches der Zahl der Todesopfer vom 21. Februar. Aber sie zählen nicht, ebensowenig wie Tausende von jungen Männern in Gaddafis Armee, die in aller Unschuld glaubten, auch sie seien ein Teil des „libyschen Volks“ und erfüllten nur ihre Pflicht gegenüber dem Staat, als sie von den Flugzeugen der NATO eingeschert oder ohne Gerichtsverfahren nach der Gefangennahme massenhaft exekutiert wurden, wie es in Sirte geschah.

Dieselbe Verachtung für demokratische Prinzipien charakterisierte die wiederholten Erklärungen im Westen, Gaddafi habe „alle Legitimität verloren“. Jeder Staat braucht internationale Anerkennung und hängt insofern von externen Legitimationsquellen ab. Aber die demokratische Idee verleiht der nationalen Legitimität Priorität gegenüber der internationalen. Mit ihrer Behauptung der „verlorenen Legitimität“ haben die westlichen Mächte nicht nur eine mögliche Wahl in Libyen vorweggenommen, die das wahre Gleichgewicht der öffentlichen Meinung bestimmt hätte, sie haben auch das Gaddafi-Regime nachgeahmt: In der Dschamahiriyya wurde das Volk von der Revolution als Quelle höherer Legitimität übertrumpft.

„Was Sie zerbrechen, geht in Ihren Besitz über“, lautet eine Bemerkung Colin Powells, der vor einer angeblich möglichen Umgehung der Risiken eines erneuten Kriegs gegen Irak warnen sollte. Die Lektion aus dem Fiasko in Irak ist gelernt worden, zumindest insofern, als die westlichen Mächte und die NATO wiederholt darauf bestanden haben, daß die Revolution dem libyschen Volk – der NTC und den revolutionären Milizen – gehört. Da sie also Libyen nach dem Fall Gaddafis nicht besitzen, können die NATO und London und Paris und Washington nicht bezichtigt werden, es zerbrochen zu haben, oder für die Trümmer verantwortlich zu sein. Das Ergebnis ist ein Marionettentheater.

Der NTC hält das Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit in Libyen besetzt, doch seit Februar ist jede wichtige Entscheidung in den westlichen Hauptstädten in Abstimmung mit den anderen, insbesondere den arabischen Mitgliedern der „Kontaktgruppe“ getroffen worden, die sich in London, Paris oder Doha traf. Es ist unwahrscheinlich, daß sich die Machtstrukturen und das Entscheidungssystem, die die „Revolution“ seit März gelenkt haben, radikal ändern werden. Und solange nichts passiert, was die Kalkulationen durcheinanderbringen könnte, die die NATO und den NTC so weit gebracht haben, wird sich vermutlich ein duales Machtsystem herauskristallisieren, das in verschiedener Hinsicht analog zu dem der Dschamahiriyya sein wird und damit demokratischer Verantwortlichkeit ähnlich abträglich. Das heißt, ein System formeller Entscheidungsfindung über zweitrangige Angelegenheiten wird als Fassade fungieren für ein separates und unabhängiges, weil hinter den Kulissen im Ausland befindliches System der Entscheidungsfindung über alles, was wirklich zählt (Öl, Gas, Wasser, Finanzen, Handel, Sicherheit, Geopolitik). Libyens formelle Regierung wird ein Juniorpartner der westlichen Schirmherren des neuen Libyen sein. Dies wird eher einer Rückkehr zu den alten Gepflogenheiten der Monarchie als einer zu denen der Dschamahiriyya gleichkommen. ♦

AUS DEM ENGLISCHEN VON FLORIAN WOLTER
ZUERST IN LONDON REVIEW OF BOOKS, WWW.LRB.CO.UK



TOD IN DER ZELLE

ERLÄUTERUNGEN ZU EINER DOKUMENTARISCHEN SZENENFOLGE FÜR TEATR.DOC

ERKLÄRUNG DES THEATERS

Im November 2009 starb im Untersuchungsgefängnis Matrosenstille überraschend ein siebenunddreißigjähriger Untersuchungshäftling, der Jurist Sergei Magnitski.

Ohne Urteil, gefoltert und verhöhnt, hatte er ein Jahr im Gefängnis verbracht und starb in Handfesseln. Das Theater fühlte sich betroffen von der Geschichte des Mordes an einem ganz gewöhnlichen Menschen, weder Held noch Titan, von der Geschichte eines Widerstands gegen ein System, dem zu widerstehen anscheinend unmöglich ist.

Das Theater hat Sergei Magnitskis Gefängnistagebücher und seine Briefe an die Familie gelesen, hat Zeugen gehört und den Bericht der öffentlichen Beobachterkommission, verfaßt von Waleri Borschtschow, studiert. Was mit Magnitski geschah, ist kein Zufall. Tausende unserer Mitbürger, die weniger bekannt sind als Magnitski, werden erniedrigt, mit Tuberkulose und Hepatitis infiziert und gefoltert, gleich hier in unserer Nähe – und niemand kümmert sich darum.

Das geschieht hier und heute – in der Butyrka, in der Matrosenstille, im ganzen Land. Wie kann man das Gesetz respektieren, wenn das Gericht mit den Ermittlern verhandelt ist, die Ermittler mit dem Gefängnis und wenn die Untersuchungshaft zur Folter genutzt wird? Wenn für den Untersuchungshäftling alles seinen „Preis“ hat – vom Glas heißen Wassers während der Gerichtssitzung bis zur Niederschlagung des Verfahrens? Ein besonderes Thema sind die Kaste der Gefängnisärzte und der hippokratische Eid.

Leiden und Tod haben Sergei Magnitski zum Helden gemacht.

Wenn das System, das Magnitski umbrachte und weiter Menschen umbringt, noch immer mächtig ist, so wollen wir zumindest im Theater dagegen aussagen.

Das Genre des Stücks: „Ein Gerichtsverfahren, das nicht stattgefunden hat, das aber stattfinden muß“.

ANMERKUNG DES REGISSEURS

Eine Stunde und 18 Minuten lang starb ein Mensch, auf dem Boden liegend, an Händen und Füßen gefesselt. Absichtlich ohne ärztlichen Beistand gelassen.

Die Frage ist: Verliert ein Mensch, sobald er den Talar des Staatsanwalts, den weißen Arztkittel oder die Richterrobe überzieht, die Fähigkeit zum Menschsein? Bewahrt er sich zumindest einen kleinen Anteil Menschlichkeit? In unserem Fall kam es so, daß die Akteure, kaum in diese „Montur“ gehüllt, aus dem Bereich des Menschlichen herausfielen.

Auf der Bühne werden jene erscheinen, die Schuld tragen am Tod des Helden – Ermittler, Richter, Gefängniswärter, Ärzte –, und wir teilen jedem von ihnen einen Monolog zu. Wir nennen ihre wirklichen Namen. Sie können also ins Theater kommen und sich selbst anschauen.

Sie sitzen zu Gericht über die Menschen, und wir über sie.

Szenische Komposition: Jelena Gremina

Auswahl des dokumentarischen Materials: Jekaterina Bondartschenko, Anastassija Patlai, Sosja Rodkewitsch

Im Stück wurden verwendet:

Tagebücher und Briefe von Sergei Magnitski, Materialien von Natalja Magnitskaja und Tatjana Rudenko, der Bericht der *Öffentlichen Beobachterkommission zur Einhaltung der Menschenrechte in Verwahranstalten* (Vorsitzender: Waleri Borschtschow), Materialien von Dmitri Muratow (*Nowaja Gaset*), Waleri Borschtschow, Olga Romanowa, Jewgenija Albaz (*The New Times*) und Soja Swetowa.

Für ihre Unterstützung danke ich der Theaterkritikerin Marina Tokarewa und Doktor Andrei Moltschanow.

Moskau im Juni 2010, Moskau

Michail Ugarow

EINE STUNDE 18 MINUTEN

EIN THEATERSTÜCK VON JELENA GREMINA

PUNKT EINS

MUTTER: (*Wendet sich dem Saal zu.*) Schauen Sie bitte in die Instruktion zum Stück. Punkt eins. (*Wartet ab, bis die Zuschauer gelesen haben.*)

INSTRUKTION: (*Verlesen vom ersten Schauspieler.*) Bitte schauen Sie in die Instruktion zum Stück. Lesen Sie! Haben Sie gelesen? Natalja Nikolajewna Magnitskaja, die Mutter.

MUTTER: Als ich in der Leichenhalle die Decke zurückschlug, sah ich Abschürfungen an der linken Hand. Und an den Fingerknöcheln Blutergüsse und aufgerissene Haut. Ich weiß nicht, ob all das im Autopsiebericht beachtet und beschrieben werden muß. Ich weiß nicht, was der Grund für seine lädierten Hände ist. Mit wem er sich geprügelt hat, weiß ich nicht.

Ich will Ihnen allen, die ihn gekannt haben, dafür danken, daß Sie gekommen sind und unseren Schmerz teilen.

Und ich will den Ermittler Siltschenko und den Staatsanwalt Burow anklagen, die ihn auf der letzten Sitzung, als die Verlängerung seiner Haftdauer um nur noch elf Tage verhandelt wurde, in eine solche Nervenzerrüttung getrieben haben. Ich habe meinen Sohn niemals in so schlechtem Zustand gesehen. Ihr Verhalten war einfach zynisch. Der Staatsanwalt saß da und las Anekdoten. In den Pausen lachte er laut. Als Sergei ihm konkrete Fragen stellte, sagte der Staatsanwalt:

„Lesen Sie im Strafgesetzbuch nach.“

Die Rolle des Ermittlers beschränkte sich darauf, zu sagen:

„Ich schließe mich an.“

Der Staatsanwalt murmelte etwas, und er sagte:

„Ich schließe mich an.“

Die Richterin hörte nicht einmal bis zum Ende zu, was er sagte, und fällt gleich ihre Entscheidungen. Und als mein Sohn am Ende der Sitzung um das Protokoll dieser Sitzung bat, drehte sich Richterin Staschina demonstrativ weg und stieß über die Schulter hervor:

„Die Zeit für Ihre Anträge ist vorbei.“

Außerdem will ich anklagen (...) Ich klage den Chef und die Ärzte von Matrosenstille an. Eine Operation war geplant; es war vorgesehen, daß mein Sohn auf die Operation vorbereitet wird. Und dann schieben sie ihn in die Butyrka ab, wo die Bedingungen dafür absolut nicht vorhanden sind. Wir haben Medikamente für ihn gebracht. Diese Medikamente wurden ihm nicht ausgehändigt. Ich habe mich mit der Ärztin getroffen. Das war am 1. Oktober. Die Ärztin sagte mir:

„Wie kommen Sie darauf, das kann nicht sein. Ich gehe sofort und erkundige mich.“

Sie ging, kam zurück und sagte:

„Entschuldigen Sie, wir haben sie in eine andere Zelle gegeben.“

War es denn schwer, einem Menschen warme Sachen zu bringen, damit er nicht krank wird? Er bat um elementare Dinge. Er bat nicht darum, daß man ihm die Toilette oder die Zelle putzt. Er bat uns, ihm Toilettenbürste, Schaufel und Müllbeutel zu bringen. Es hieß, auch das sei nicht erlaubt. Und jetzt behaupten sie, er hätte sich nicht beschwert.

Er hat sich beschwert. Auf einer der Gerichtssitzungen beschwerte er sich darüber (...) bat er (...) bat er um ein Glas heißes Wasser. Ein Glas kochendes Wasser. Der Richter Kriworutschko sagte:

„Mit liegt kein Attest darüber vor, daß Sie besondere Ernährung brauchen.“

Aber ist das denn besondere Ernährung – wenn jemand ein Glas heißes Wasser bekommt, damit er sich den Grießbrei oder das Püree anrühren kann, die man ihm als Verpflegung gegeben hat?